



im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

Mitteilungen 5/2013

22. Februar 2013



CDU Kreistags-
fraktion Rhein-Neckar

69181 Leimen
Grauenbrunnenweg 15

Telefon (06224) 73243
FAX (06224) 921639
E-Mail: B.Sauerzapf@t-
online.de
Internet: CDU-RNK.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der heutigen Ausgaben berichten wir über Erleichterungen für Bürger im Ehrenamt, die Wirtschaftsförderung im Rhein-Neckar-Kreis. die Veranstaltung zum Übergangstarif zwischen den Verkehrsverbänden Karlsruhe und Rhein-Neckar am 18.2.2013 und laden Sie zu einer Bildungsveranstaltung mit Prof. Dr. Kurt Heller ein.

Mit den besten Grüßen

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender

Erleichterungen für Bürger im Ehrenamt Engagement wird gewürdigt

Für Menschen, die Ehrenämter übernehmen, wird künftig einiges leichter. Auf Initiative der christlich-liberalen Koalition verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes, das vor allem eine verbesserte steuerliche Förderung vorsieht.



Auch die Haftungsregelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch werden beschränkt. Hiermit soll die gesellschaftliche Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck gebracht werden. So bleiben für Übungsleiter – beispielsweise Trainer – künftig bis zu 2.400 Euro steuerfrei. Sonstige ehrenamtlich Tätige profitieren von der Ehrenamtszuschale, die auf 720 Euro angehoben wird. Einnahmen unterhalb dieser Grenzen unterliegen weder der Steuer noch der Sozialversicherungspflicht. Die Anhebung der Freibeträge ent-

lastet gleichzeitig die Vereine von Bürokratie.

Erleichterungen auch für Vereine: Die Umsatzgrenze, bis zu der Veranstaltungen eines Sportvereins als Zweckbetrieb gelten, wird auf 45.000 Euro angehoben. Hierdurch entfällt bei kleineren Veranstaltungen die Pflicht, die Ausgaben detailliert dem Steuerpflichtigen oder dem steuerfreien Bereich zuzuordnen.

Bürgerschaftliches Engagement wird zu großen Teilen durch Vereine und Stiftungen erbracht. Der Gesetzentwurf enthält daher auch eine deutliche Erleichterung bei der Rücklagenbildung. Zusätzlich aufgenommen wurde eine Lockerung des sogenannten Endowment-Verbots, d. h. des Verbots von Vermögensübertragungen. Die Regelung ermöglicht es steuerbegünstigten Körperschaften, eine andere steuerbegünstigte Körperschaft mit Vermögen auszustatten. Damit wird zum Beispiel die Einrichtung von „Stiftungsprofessuren“ erleichtert. Wenn der Bundesrat in seiner Sitzung am 1. März 2013 dem zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf zugestimmt hat, werden die Maßnahmen rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Dr. Stephan Harbarth, MdB

Optimale Mehrwerte durch die Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises für Kommunen, Unternehmen und Investoren

**Nils Drescher, Rhein-Neckar-Kreis
-. Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Europa**

Eine effektive Wirtschaftsförderung trägt dazu bei, den Wirtschaftsstandort Rhein-Neckar-Kreis zu vernetzen und zu stärken. Unter diesem Leitsatz wurde im Juli 2012 die Strategie für die Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises vom Verwaltungs- und Finanzausschuss des Kreistags einstimmig beschlossen. Bei der Erarbeitung der Strategie wurde besonderen Wert auf die enge Einbeziehung aller regionalen Akteure gelegt. Das dadurch entstandene Netzwerk begleitet nun auch die effiziente Umsetzung der Strategie, über deren Stand wir kurz berichten.

Rhein-Neckar-Kreis Modellregion für schnelles Internet

Im Rhein-Neckar-Kreis arbeiten aktuell 17.954 der 148.597 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftszweig Information- und Kommunikation (12,1 Prozent). Gemessen an dieser Konzentration und dem erzielten Umsatz ist der Rhein-Neckar-Kreis Top-Standort der Software- und IT-Dienstleistungsbranche in Europa. Durch die rasanten Entwicklung im Bereich der Cloudanwendungen besteht für den IT-Sektor, sowie für andere Wirtschaftszweige zeitnah Bedarf an schnelleren Internetverbindungen. Dies gilt für alle Unternehmensgrößen, Selbstständige und die häusliche Erreichbarkeit von Mitarbeitern. Auch für Schulen, Verwaltungen und in der Medizin werden Cloudlösungen erprobt und versprechen bis zu 74 Prozent Kostenvorteil. Eine schnelle Anbindung an das weltweite Netz ist somit ein entscheidender Faktor für zukünftiges Wachstum. Davon ausgehend wurde von uns das Projekt fibernet.rnk entwickelt, das von allen 54 Städten und Gemeinden im Kreis unterstützt wird. Fibernet.rnk wurde am 29.01.2013 vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als Modell der Breitbandinitiative II für Baden-Württemberg anerkannt. Inhalt ist die kreisweite Planung einer glasfaserbasierten Zubringerinfrastruktur und die Erarbeitung konkreter Vorschläge für die Umsetzung der Planungen. 31 Kommunen haben ihr Interesse an einer aufbauenden Einplanung bekundet. Die europaweite Ausschreibung des Projektes ist bereits vorbereitet.

Intelligente Standortentwicklung

Dieses Projekt hat die Identifizierung der wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren im Rhein-Neckar-Kreis im Fokus, um eine zielgerichtete Förderung für nachhaltiges Wachstums zu generieren. In die-

sem Zusammenhang wird die Verschlechterung des Rhein-Neckar-Kreises im Ranking des landesweiten Innovationsindex 2012 als Herausforderung gesehen, uns für die Zukunft besser aufzustellen. Ausgehend von einer Stärken-Schwächen-Analyse wird ein Konzept zur intelligenten Spezialisierung entwickelt, das die vorhandenen Stärken im Rhein-Neckar-Kreis nutzt und Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ergreift. Dazu bereitet sich der Kreis gemeinsam mit dem Verband Region Rhein-Neckar intensiv auf den Wettbewerb RegioWIN vor, der aus dem europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert wird. Ziel ist die Entwicklung mindestens eines Projektes zur Förderung von Innovation und Nachhaltigkeit im Rhein-Neckar-Kreis. Um konkrete Ideen zu entwickeln, haben wir bereits 24 strukturierte Interviews mit Innovationsexperten aus Unternehmen, Clustern und Verbänden geführt und dokumentiert, weitere werden folgen.

Stärkung des Ländlichen Raums

Die Dörfer des Ländlichen Raums im Kraichgau und Odenwald stehen vor besonderen Herausforderungen. Exemplarisch belegt das die Bevölkerungsentwicklung. So hat der Verdichtungsraum des Kreises in den letzten vier Jahren über 6.000 Einwohner gewonnen, dessen Randzone und der Ländliche Raum verloren im gleichen Zeitraum knapp 800 Einwohner. Daher ist es wichtig, die bestehenden Strukturförderinstrumente zu nutzen und seitens der Wirtschaftsförderung aktiv zu bewerben. Das ist uns im Programmjahr 2013 mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) bereits gut gelungen. Die Zahl der Vorhaben stieg gegenüber dem Vorjahr von 7 auf 18 und das beantragte Fördervolumen von 0,56 Mio. auf 1,49 Mio. €. Parallel arbeitet die Wirtschaftsförderung intensiv an einer Beteiligung am laufenden Interessensbekundungsverfahren des europäischen Förderprogramms LEADER. Hier bestärkt uns das positive Resultat einer aktuellen Umfrage unter den Gemeinden, den arbeitsintensiven Bewerbungsprozess um die LEADER Gebietskulissen weiter fortzuführen.



Informationsstand der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Europa

Hohe Nachfrage nach angebotenen Dienstleistungen

Im Portfolio unserer Dienstleistungen befinden sich außerdem bedarfsgerechte Angebote für Investoren, Unternehmen und die 54 Städte und Gemeinden. Dabei ist die Akquise und umfassende Betreuung von Investoren in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen Chefsache. Investitionsobjekte finden sich in der von der Stabsstelle betreuten Gewerbe-

immobilienbörse auf der kreiseigenen Homepage. Regelmäßig wurde auch die Funktion als Lotse- und Mediator in Verwaltungsverfahren in Anspruch genommen. Sehr oft konnten auch hilfreiche Kontakte für unsere Unternehmen im Netzwerk vermittelt werden. Als eine weitere gut nachgefragte Dienstleistung ist die Fördermittelberatung wichtiger Bestandteil des Aufgabenspektrums. Hier wurden seit August 2012 bereits 97 qualifizierte Beratungen angeboten. Diese hohe Zahl ist unter anderem auf die positive Berichterstattung in der Presse zurückzuführen.

Jahresbericht der Wirtschaftsförderung im Juli 2013

„Professionalität und Verlässlichkeit, so Nils Drescher - Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Europa - sind unsere entscheidenden Erfolgsfaktoren.“ Diese gilt es im Interesse unserer Kunden zu gewährleisten, auch wenn das mit einem sehr hohen Einsatz verbunden ist. Am 09.07.2013 wird dem Verwaltungs- und Finanzausschuss ein ausführlicher Jahresbericht mit dem Stand aller Projekte und Kennzahlen der Stabsstelle vorgelegt, um abgestimmt mit der Umsetzung der Strategie fortfahren zu können.



Im Dialog mit Europa - Gespräch mit den Europaabgeordneten Daniel Caspary, Peter Simon und Franziska Brantner (nicht im Bild)

ÖPNV-Podiums- und Informationsveranstaltung der CDU Rhein-Neckar und der CDU Karlsruhe-Land Forderung: Land soll nicht aus seiner Verpflichtung entlassen werden

St. Leon-Rot. Zu einer Podiums- und Informationsveranstaltung zum Thema ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) hatten aktuell die beiden CDU-Kreisverbände Rhein-Neckar und Karlsruhe-Land in das Audimax der SAP AG eingeladen. Federführend war der Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Karl Klein (Wiesloch/Rhein-Neckar), der die Landräte Stefan Dallinger (Rhein-Neckar) und Dr. Christoph Schnaudigel (Karlsruhe), die Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) und des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV), Volkhard Malik und Dr. Walter Casazza, wie auch seine beiden Landtagskollegen Heribert Rech MdL und Werner Raab MdL als Podiumsteilnehmer gewinnen konnte.



„Für uns stellt sich einfach die Frage, wie wir im Rahmen des schienengebundenen ÖPNV- Nahverkehrs einen großen Schritt weiterkommen. Ob Schüler, Studenten oder Berufstätige – das ist für die Metropolregion Rhein-Neckar und die Technologieregion Karlsruhe von ganz besonderer Bedeutung“, sagte Klein zu Beginn.

Die Landkreise hätten jetzt Verbesserungen vorgenommen, zuvor sei dies ein großes Ärgernis gewesen: „Es kam einem vor, als sei die Verbundgrenze zwischen VRN und KVV eine kleine Staatsgrenze. Die bisherige Regelung führte dazu, dass die Benutzer der S-Bahn an die Verbundgrenze mit dem Wagen gefahren und dann in die Bahn gestiegen sind. Das kann aber nicht Sinn und Zweck eines öffentlichen Personennahverkehrs sein.“

Matthias Grimm von der SAP AG stellte kurz das Unternehmen vor und erläuterte, dass der allergrößte Teil der Mitarbeiter mit dem Pkw zur Arbeit kommt, an zweiter Stelle rangiere der ÖPNV (Job-Tickets: VRN: 761, KVV: 83).

Im Anschluss erläuterte VRN-Geschäftsführer Volkhard Malik ausführlich die Problematik bei Übergangstarifen, die spezielle Situation zwischen dem VRN und dem KVV wie auch die Finanzierung bei Überlappungsbereichen. „Wir haben aus Sicht von Karlsruhe eine Lösung seit dem 1. Januar 2012, die darauf fußt, dass es ein AboPlus KVV/VRN-Angebot gibt. Der VRN hat nachgezogen. Der Landkreis Rhein-Neckar und die Stadt Heidelberg haben sich entschlossen, ihrerseits das AboPlus-Verfahren einzuführen. Dies bedeutet: Wenn Sie aus dem Bereich des VRN kommen, können Sie eine verbilligte KVV-Karte kaufen. Dies wird zum 1. April 2013 umgesetzt.“

Malik erläuterte den Geltungsbereich und wies darauf hin, dass dieses Ticket in dem „riesigen VRN-Gebiet nicht von allen Nutzern gekauft“ werden könne: „Im Wesentlichen geht es hier um den südlichen Landkreis Rhein-Neckar und Heidelberg. Dies geht auch nur mit einer großen finanziellen Unterstützung des Landkreises Rhein-Neckar und der Stadt Heidelberg. Wir glauben eine gute Lösung gefunden zu haben für die Kunden, die tatsächlich den ÖPNV nutzen wollen und dafür sich auch länger binden wollen.“ Die Zukunft sieht Malik im „E-Ticket“: „Da werden wir – VRN und KVV – eine Lösung präsentieren können, für alle Kunden im Nahverkehr, nicht nur für Dauerkunden, sondern auch für die Gelegenheitskunden.“

Dr. Walter Casazza, KVV-Geschäftsführer, lobte die „hohe Tradition einer guten Zusammenarbeit mit dem VRN“: „Man hat schon immer zum Wohle der Fahrgäste nach guten Lösungen gesucht. Ich glaube, dass wir mit dem AboPlus das Thema gut gelöst haben.“ Seitens der Kunden sei stets die Forderung gekommen, dass die Verbundgrenze zwischen KVV und VRN aufgeweicht werden müsse. „Eine große Lösung der Überlappung ist zu teuer gewesen, auch der Ausstieg des Landes hat dazu beigetragen, dass wir nicht weiter konnten“, so der KVV-Chef, „deshalb sind wir als KVV gemeinsam mit Landrat Dr. Schnaudigel in Überlegungen eingetreten, welche Bevölkerungsgruppen primär erreicht werden sollen. Und das waren für uns die regelmäßigen Fahrgäste, die Dauerkunden, welche mit diesen Problemen konfrontiert sind, daher immer wieder mit dem Auto über die Verbundgrenze hinausgefahren sind und an einem Bahnhof geparkt haben, um dann das kostengünstigere Ticket zu erhalten. So wollten wir auch einen Beitrag aktiver Verkehrspolitik leisten. Dies alles ist bereits am 1. Januar 2012 gestartet worden.“

Stefan Dallinger, der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises, dankte der CDU-Kreistagsfraktion für ihre Initiative in Sachen ÖPNV: „Die CDU hat dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Ich habe mich sehr schnell dieser Initiative angeschlossen und unsere Einflussmöglichkeiten über die Gremienarbeiten genutzt. Wir sind sehr aktiv im Bereich des ÖPNV, der für uns gerade im Bereich der ländlichen Räume, für alle Städte und Gemeinden, eine wichtige Daseinsfürsorge und Zukunftschance ist, um diese attraktiv und lebensfähig zu halten.“ Man sei sich darin einig, dass der jetzige Stand nicht die angestrebte optimale und abschließende Lösung sei, aber dies sei „ein wichtiger Zwischenschritt, ein Schritt in die richtige Richtung.“ Das Motto der Veranstaltung („Ein Ticket für den VRN und den KVV?“) bezeichnete Dallinger als „ein Stück Vision beziehungsweise Utopie, weil natürlich die Kosten dahinter stehen. Und ein Landstarif Baden-Württemberg ist noch unwahrscheinlicher.“

Kritik äußerte der Landrat, dass der jetzt getroffene Überlappungstarif nicht in das Umlagesystem des VRN verankert sei: „Wir haben uns darauf eingelassen, für zwei Jahre eine Testphase zu machen.

Aber ich werde schon darauf bestehen, dass wir das dann auch insgesamt ins Umlagesystem bringen. Der Rhein-Neckar-Kreis zahlt an den ganzen vielen Überlappungstarifen fleißig mit und an dem Überlappungstarif, von dem wir jetzt profitieren, zahlen die anderen Verbundpartner nicht mit. Dies ist keine echt gelebte Solidarität im VRN und daran müssen wir noch weiter arbeiten.“

Der Landrat des Landkreises Karlsruhe, Dr. Christoph Schnaudigel, wies darauf hin, dass „wir fast über 10.000 Pendler aus der Wirtschaftsregion Bruchsal haben, die in den Rhein-Neckar-Kreis und nach Heidelberg fahren.“ Hinsichtlich der Überlappungsbereiche habe man eine Unterstützung des Landes eingefordert, aber es habe geheißen: „Da kommt kein Geld, wir sollen uns individuelle Lösungen vor Ort und attraktive Lösungen selbst ausdenken. Das haben wir gemacht. Was dabei herausgekommen ist, das ist das AboPlus-System, das wir für den ganzen KVV haben. Ein größerer Überlappungsbereich würde für die Kunden einen höheren Komfort bedeuten, aber da muss man auch so ehrlich sein und sagen, dass dies aus kommunaler Hand alleine nicht finanzierbar ist.“



Das jahrelange Engagement der CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar gegenüber der alten wie auch der neuen Landesregierung legte Fraktionsvorsitzender Bruno Sauerzapf dar: „Wir haben leider fast gleichlautende Ablehnungen erhalten. Das heißt also, das Land will sich aus die-

sem Bereich heraushalten. Wir haben auch nochmals bezüglich des Landstarifs nachgefragt. Antwort: Er sei in Arbeit. Ich bin der Meinung: Wenn wir hier weiterkommen wollen, dann können wir das Land nicht aus seiner Verpflichtung entlassen. Ohne entsprechende Landesmittel werden wir keine

weiteren Verbesserungen in diesem System bewirken können.“ Eine Aussage, die auch Werner Raab MdL für die CDU-Kreistagsfraktion des Landkreises Karlsruhe unterstrich.

Heribert Rech MdL wies darauf hin, dass es in Stuttgart ein vom Land bezuschusstes „Metropoliticket“ gebe: „Da werden wir nachhaken.“

Vielfältige Fragen und Erfahrungsberichte wie auch interessante Vorschläge gab es seitens des Publikums. Malschs Bürgermeister Werner Knopf gab abschließend noch den Hinweis: „Das Schweizer Modell könnte ein Vorbild für Baden-Württemberg sein.“ (Text/Fotos: Busse)

Bildungsveranstaltung im Zentrum für Berufliche Schulen in Wiesloch

Die CDU - Kreistagsfraktion veranstaltet gemeinsam mit MdL Karl Klein eine bildungspolitische Veranstaltung am

**Montag, 11. März 2013, 18.00 Uhr,
im Zentrum für berufliche Schulen in Wiesloch.**

Als Referent konnte Prof. em. Dr. Kurt Heller, Direktor des LMU-Zentrum für Begabungsforschung der Universität München gewonnen werden. Er stammt aus unserer Region und hat lange in Heidelberg gewirkt. Zudem begleitet er die Hectorstudie zur Begabtenforschung. Bereits in Bad Saulgau hat er sehr überzeugt und die Bürger zum Nachdenken gebracht.

Prof. Dr. Kurt Heller gehört zu den bekanntesten Begabungsforschern weltweit. Er ist durch die Herausgabe eines internationalen Handbuchs zur Hochbegabungsforschung sowie zahlreiche Studien und Expertisen zur Begabungsforschung bekannt geworden. Seine Testbatterien zur Identifikation begabter Kinder sind in Deutschland weit verbreitet.

Prof. Dr. Kurt Heller ist emeritierter Professor für Psychologie. Er ist Gründungsdirektor des internationalen Master-Studiengangs "Psychology of Excellence" an der LMU München. Heller studierte Pädagogik, Sonderpädagogik und Psychologie. Er promovierte an der Universität Heidelberg. Heller ist Mitglied der New York Academy of Sciences (Sektion Psychologie), der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst (Akad. Rat), im wissenschaftlichen Beirat der Hector-Stiftung, des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind (DGhK), des Landesverbandes Hochbegabung B.-W. (LVH) u.a. 1998-2006 war Heller Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für die OECD-Studien PISA I-III und DESI. 2003 erhielt er für seine Verdienste um die Begabungs- und Bildungsforschung den Bayerischen Staatspreis. Heller ist Autor von rund 550 Büchern, psychologischen Tests, Buchkapiteln und wissenschaftlichen Zeitschriften.